

Soziale Entwicklung nach dem Zweiten Weltsozialgipfel in Doha 2025

Von Versprechen zur Umsetzung

von Celia Sudhoff

Beim Zweiten Weltsozialgipfel der Vereinten Nationen in Doha im November 2025 wurde deutlich, dass die Weltgemeinschaft weit davon entfernt ist, die Ziele nachhaltiger Entwicklung zu erreichen und daher dringend von Versprechen zur tatsächlichen Umsetzung kommen muss. Gleichzeitig wurde sichtbar, dass soziale Entwicklung in enger Verbindung mit globalen Krisen steht. Ohne umfassende soziale Sicherungssysteme kann weder wirksamer Klimaschutz noch Friedenssicherung oder eine nachhaltige wirtschaftliche Transformation gelingen.

Beim Weltsozialgipfel konnten die diversen Problemfelder endlich wieder gemeinsam gedacht werden: von massiver Ungleichheit und Menschenrechtsverletzungen über Umweltkatastrophen bis hin zur internationalen Finanzarchitektur. Für Deutschland ergibt sich daraus der klare Auftrag, multilaterale Reformen voranzutreiben und soziale Entwicklung politisch wie finanziell stärker zu priorisieren.

Dieses Briefing Paper bewertet die Ergebnisse und zeigt zentrale Umsetzungsschritte auf.

1. Drei Jahrzehnte nach Kopenhagen: Zwischen ernüchternder Realität und neuer Hoffnung

Dreißig Jahre nach dem historischen Weltsozialgipfel von Kopenhagen fällt die Bilanz des zweiten Weltgipfels für soziale Entwicklung in Doha 2025 zwiespältig aus. Die Teilnahme von etwas mehr als 40 Staats- und Regierungschefs – gegenüber 117 im Jahr 1995 – kann als Sinnbild für den Bedeutungsverlust multilateraler Foren verstanden werden. Auch Deutschland war nur am ersten Tag mit Bundesministerin Bärbel Bas vertreten. Inhaltlich waren die Erwartungen bereits im Vorfeld gedämpft worden: die schon Anfang September fertig verhandelte politische Erklärung bekräftigte im Wesentlichen die Verpflichtungen der Kopenhagener Erklärung von 1995, auch, weil diese bis heute nicht erreicht werden konnten.

Gleichwohl ist es bemerkenswert, dass in einer Phase globaler Fragmentierung und zunehmender Polarisierung überhaupt eine gemeinsame Ab-

schlussklärung verabschiedet werden konnte. Positiv hervorzuheben ist die erneute Bestätigung der Agenda-2030 (SDGs), der bestehenden Klimaabkommen und der Vereinbarungen zur Entwicklungsfinanzierung, einschließlich der **Verpflichtungen von Sevilla** von Juni 2025. Erleichtert wurde die Einigung durch die Abwesenheit der USA, die sich weder an den Vorbereitungen noch am Gipfel selbst beteiligten. Um diese Ziele, insbesondere die SDGs, bis 2030 zu erreichen, braucht es jedoch deutlich stärkere multilaterale Anstrengungen.

Der Gipfel in Doha bot zudem die seltene Gelegenheit, eine Vielzahl von Themen und Akteuren an einem Ort zusammenzubringen. In einer zunehmend diversifizierten und häufig in Silos arbeitenden Weltgemeinschaft eröffnete er Raum, zentrale globale Herausforderungen gemeinsam

zu betrachten und ihre Wechselwirkungen sichtbar zu machen: die Zukunft sozialer Sicherung, die dreifache planetare Krise, wachsende globale Ungleichheit, die Schwächen des Multilateralismus und der internationalen Finanzarchitektur.

Viele Delegationen vor Ort benannten die multiplen, eng miteinander verflochtene Krisen und formulierten ambitionierte Positionen. Die drei Säulen sozialer Entwicklung – Armutsbekämpfung,

menschenwürdige Arbeit und Vollbeschäftigung sowie soziale Integration – bildeten den Kern der Debatten. Entscheidend wird nun sein, dass diesen Ambitionen konkrete politische Maßnahmen folgen. Obwohl in Doha nur wenig darüber gesprochen wurde, wie es mit den SDGs nach 2030 weitergehen soll, ist die politische Deklaration ein wichtiges Dokument für die beginnende „Beyond 2030“ Diskussion.

2. Strategische Schlussfolgerungen für Deutschland

Für Deutschland ergibt sich aus Doha ein klarer Auftrag in einer schwierigen politischen Gemengelage. Zur Umsetzung der in der verabschiedeten Erklärung formulierten Verpflichtungen braucht es:

Erstens eine **deutlich aktivere Rolle Deutschlands im Multilateralismus**. Dazu zählen die Unterstützung der UN-Reformprozesse, um multilaterale Handlungsfähigkeit und fiskalische Spielräume zur Förderung sozialer Entwicklung in allen Ländern sicherzustellen. Ein konsequentes Engagement in den Verhandlungen zu einer neuen UN-Steuerkonvention wäre ein starkes Signal. In diesem und weiteren Bereichen sollte eine Allianz der Willigen gegründet oder beigetreten werden. Insgesamt sollten neue Partnerschaften mit fortschrittlichen Staaten im Globalen Süden angestrebt werden – ob auf Ebene der Regierung, des Parlaments, oder zivilgesellschaftlicher Organisationen.

Auch für die Lösung der Staatsschuldenkrise sind Innovationen und Allianzen zentral. Fortschritte bei der sozialen Entwicklung können nicht erreicht werden, solange Staaten zu strenger Austerität verpflichtet sind. Sogenannte „debt swaps“ für Natur- oder Klimaschutz sind nicht ausreichend und zementieren globale Machtverhältnisse. Es braucht eine tiefgreifende Reform der internationalen Schuldenarchitektur und von Umschuldungsprozessen. Die internationale Finanzarchitektur muss unter dem Dach der Vereinten Nationen reformiert werden, um neokoloniale Strukturen zu überwinden und globale Entscheidungsprozesse gerechter zu gestalten.

Zweitens muss die **finanzielle und politische Grundlage sozialer Entwicklung gesichert werden**. Obwohl sich Deutschland sowohl bei der FfD4-Konferenz in Sevilla, als auch in Doha erneut zur Erfüllung der 0,7%-ODA-Quote bekannt hat, spiegelt sich dies im kommenden Bundes-

haushalt nicht wider. Das BMZ muss in allen Haushaltsverhandlungen für die Erfüllung der Quote eintreten. Auch der neue **Aktionsplan** des BMZ ist zu stark auf die Zusammenarbeit mit Unternehmen und Handelsförderung als Ziel an sich fokussiert, ohne dabei das Potenzial derartiger Kooperationen zur Förderung sozialer Entwicklung konsequent als Querschnitt zu behandeln, auch die Menschenrechte werden nicht erwähnt. Mit dem **Global Accelerator on Jobs and Social Protection** gibt es bereits ein UN-Instrument, welches gemeinsam mit einem progressiven bi- und multilateralen Instrumentenmix unterstützt werden sollte. Das BMZ sollte sich klar als Vorreiterin rechtsbasierter, nachhaltiger Sozialsysteme positionieren.

Drittens braucht es ein **offensives Eintreten für menschenwürdige Arbeit und faire Globalisierung**. Dazu gehören das Verteidigen und Weiterentwickeln des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) und die Verteidigung der europäischen Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) – vor allem in den anstehenden Trilogverhandlungen. Nachdem die konservative Fraktion im EU-Parlament gemeinsam mit den Parteien am rechten Rand für eine **drastische Abschwächung der CSDDD** gestimmt hat, sollte im Trilog nicht nachgeben werden und für den Erhalt einer durchsetzungsstarken CSDDD gekämpft werden. Der Globale Norden muss Verantwortung übernehmen und menschenwürdige Arbeit weltweit fördern. Daher sollte Deutschland auch die Verhandlungen für einen verbindlichen **UN-Menschenrechtsvertrag zu Wirtschaft und Menschenrechten** (UN-Treaty) unterstützen. Dafür sollten die Ressorts im ersten Schritt eine gemeinsame detaillierte Position zum **aktuellen Textentwurf** finden. Ein Abkommen mit universeller Reichweite wie der UN-Treaty hat zudem den Vorteil, dass es ein level playing field für alle Länder und Unternehmen schafft.

Viertens müssen **soziale Entwicklung, globale Ungleichheit und Klimaschutz zusammen gedacht** werden. Soziale Sicherungssysteme müssen besser gegen Klima- und Naturkatastrophen abgesichert werden, vor allem in Staaten, die besonders vom Klimawandel betroffen sind. Unverzichtbar ist auch eine klimafreundliche und resiliente Umgestaltung der Arbeitswelt. Gleichzeitig ist soziale Entwicklung eine der Kernvoraussetzungen für wirksamen Klimaschutz, nachhaltiges Wirtschaften, globale Gerechtigkeit, und letztlich ein friedliches Zusammenleben. In dem Zusammenhang sollte Deutschland sich dafür einsetzen, dass der Internationale Ausschuss für Ungleichheit gegründet wird, um das Thema konsequent auf der internationalen Politikagenda zu halten. Der Ausschuss ist eine zentrale Forderung im [Bericht an die G20](#) der auf Initiative von Südafrika unter Leitung von Joseph Stiglitz erstellt wurde.

Fünftens sollte Deutschland die internationale Debatte **„Beyond GDP“** aktiv unterstützen. Fortschrittmessungen müssen Indikatoren zu öko-sozialer Gerechtigkeit berücksichtigen. Denn so, wie wir die Welt messen, nehmen wir sie auch wahr. Es braucht neue Daten, die auf einem erweiterten Fortschrittsbegriff basieren und erhoben werden, um Investitionen in Sozialsysteme nachhaltig, gerecht und effektiv zu gestalten.

Sechstens erfordert die Doha-Deklaration in Artikel 43 eine glaubwürdige **Monitoring- und Follow-up-Strategie**. Deutschland sollte ein internationales Gremium zur Nachverfolgung des Gipfels unterstützen, regelmäßig über nationale Fortschritte berichten und ein kohärentes, disaggregiertes Indikatorensystem etablieren. Hier – und für alle anderen genannten Punkte – ist die proaktive und ernsthafte Einbindung der Zivilgesellschaft zentral.

Der letzte Punkt ist insofern wesentlich, weil das bescheidene Ergebnis des Doha-Gipfels nicht zuletzt auch auf ein schlechtes Design des multilateralen Politikprozesses im Themenfeld soziale Entwicklung zurückzuführen ist. Der Abstand von 30 Jahren zwischen zwei Gipfeln war schlicht zu lang, um eine kontinuierliche Dynamik oder auch nur Aufmerksamkeit in Politik und Zivilgesell-

schaft aufrechtzuerhalten. Zum Vergleich: Dem Themenfeld Klimawandel wird jedes Jahr ein UN-Gipfel gewidmet.

Ein konsequentes Monitoring seitens der Vereinten Nationen selbst fand ebenfalls nicht statt. Der Gipfel von Kopenhagen hatte 1995 Zivilgesellschaft in hohem Maße mobilisiert. Erstmals gab es auch starke Bündnisse von NGOs mit Gewerkschaften. International hatte sich das Social Watch Netzwerk gegründet, mit nationalen Plattformen – in Deutschland das [NRO-Forum Weltsozialgipfel](#). Der globale Social Watch Report und Länderberichte, inklusive aus Deutschland, ersetzten in den Jahren nach Kopenhagen das fehlende Monitoring auf UN-Ebene, wurden aber im Laufe der Jahre wieder eingestellt, weil der externe Stimulus durch ein Politikevent von hinreichendem Gewicht fehlte.

Nicht nur der zeitliche Abstand zwischen den Gipfeln zu sozialer Entwicklung war zu lang, auch den Gipfeln selbst fehlte und fehlt es weiterhin an Dialog- und Umsetzungsstrukturen. Während die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung mit jährlichen hochrangigen Foren überprüft wird (dem High Level Forum on Sustainable Development beim Wirtschafts- und Sozialrat der UN), zu denen auch Deutschland regelmäßig gut aufgestellte Delegationen entsendet, gibt es kein derartiges Gremium für soziale Entwicklung. Die Agenda 2030 sollte zwar soziale Entwicklung als eine von drei Säulen nachhaltiger Entwicklung mit aufnehmen – neben ökologisch und wirtschaftlich nachhaltiger Entwicklung – in der Praxis wird aber primär die ökologische Säule wahrgenommen, die soziale geht dabei unter.

Die Bundesregierung sollte sich daher für stärkere und effektivere institutionelle Strukturen im internationalen System einsetzen, für die oben schon einige Beispiele aus anderen Themenfeldern genannt sind. Bei der langsam beginnenden Debatte um die globale Entwicklungsagenda „Beyond 2030“ sollte die Säule soziale Entwicklung prominenter behandelt werden, was entsprechende Priorisierung und den Einsatz von hinreichendem politischem Kapital mit sich bringt.

3. Innenpolitisch glaubwürdig bleiben und international Verantwortung übernehmen

Deutschland kann international nur überzeugen, wenn die Sozialpolitik national glaubwürdig bleibt. Die Verteidigung des deutschen So-

zialstaats, die Verbesserung der [sozialen Mobilität](#), die Reduktion von Ungleichheiten und der Schutz demokratischer und zivilgesellschaftlicher

Räume sind dafür zentrale Voraussetzungen. Soziale Rechte sind keine freiwilligen Zusatzleistungen, kein „nice to have“, sondern fundamentaler Teil der Menschenrechte – das gilt in Deutschland ebenso wie global.

Zu allen genannten Problembereichen wurde bereits viel geforscht und wir kennen einen Großteil der Lösungen. Positive Entwicklungen und Fort-

schritte müssen mutig verteidigt werden, dafür braucht es neue globale Allianzen. Deutschland muss bereit sein, politisch, finanziell und institutionell Führung zu übernehmen. Diese Führungsrolle erfordert Kohärenz, Verlässlichkeit und den glaubwürdigen Einsatz für soziale Rechte – außen- wie innenpolitisch. Nur so lässt sich die Lücke zwischen multilateralen Ambitionen und ihrer tatsächlichen Umsetzung schließen.

Weitere Informationen und Links

Webseite des 2. Weltsozialgipfels: <https://social.desa.un.org/world-summit-2025>

Doha Political Declaration: <https://social.desa.un.org/sites/default/files/documents/2025/n2529763.pdf>

People's Declaration for Social Justice on the Second World Summit for Social Development: https://gcap.global/wp-content/uploads/2025/11/ENG_Peoples-Declaration-for-Social-Justice-at-WSSD2.pdf

Global Coalition for Social Protection Floors (2025): Achieving Global Social Justice. Key messages and recommended policies to achieve Universal Social Protection and its financing. Contribution of the Global Coalition for Social Protection Floors (GCSPF) to the outcome document of the Second World Summit for Social Development (Doha, 4–6 November 2025).

<https://www.socialprotectionfloorscoalition.org/2025/02/achieving-global-social-justice/>

Martens, Jens (2025): Der zweite Weltsozialgipfel der Vereinten Nationen 2025 – Meilenstein im Ringen um globale soziale Rechte?

<https://www.globalpolicy.org/de/publication/der-zweite-weltsozialgipfel-der-vereinten-nationen-2025>

Sudhoff, Celia (2025): Sozialstaat unter Druck: Was vom Weltsozialgipfel in Doha zu erwarten ist.

<https://www.globalpolicy.org/de/news/2025-09-15/sozialstaat-unter-druck-was-vom-weltsozialgipfel-doha-zu-erwarten-ist>

UN IATF (2025): Synthesis of Key Messages on Social Inclusion to support preparation for the Second World Summit for Social Development. New York.

<https://social.desa.un.org/sites/default/files/2025-04/Synthesis-Brief-Social%20Inclusion.pdf>

UN IATF (2025): Synthesis of Key Messages on Eradicating Poverty to support preparation for the Second World Summit for Social Development. New York.

<https://social.desa.un.org/sites/default/files/2025-04/Synthesis-Brief-Poverty.pdf>

UN IATF (2025): Synthesis of Key Messages on Full Employment and Decent Work for All to support preparation for the Second World Summit for Social Development. New York.

<https://social.desa.un.org/sites/default/files/2025-04/Synthesis-Brief-Full-Employment-DecentWork.pdf>

Impressum

Soziale Entwicklung nach dem Zweiten Weltsozialgipfel in Doha

Von Versprechen zur Umsetzung

Herausgeber:

Global Policy Forum Europe e.V.

Königstraße 37a, 53115 Bonn

Tel. 0228 96 50 510

europe@globalpolicy.org

www.globalpolicy.org

Kontakt: Celia Sudhoff

Autorin: Celia Sudhoff

Redaktionelle Mitarbeit: Bodo Ellmers, Sarah Ganter

Gestaltung: www.kalinski.media

Bonn, Dezember 2025

Mit Unterstützung der

